XXII. GP.-NR
20 /AB PR
2004 -05- 26
zu 21 /JPR

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER PRÄSIDENT DES NATIONALRATES

Wien, am 26. Mai 2004

ANFRAGEBEANTWORTUNG

Die Abgeordneten Dr. Eva GLAWISCHNIG, Kolleginnen und Kollegen haben am 26. Mai 2004 an den Präsidenten des Nationalrates eine schriftliche Anfrage betreffend Parkplätze rund ums Parlament (21/JPR) gerichtet.

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

ad 1:

In der Parlamentsdirektion und in den parlamentarischen Klubs sind fast 500 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig, von denen viele täglich aus Niederösterreich bzw. dem Burgenland einpendeln. Diese Situation wird durch die unregelmäßigen Dienstzeiten noch erschwert. Für die Mandatare und Mandatarinnen sowie alle Bedienstete steht nur eine beschränkte Anzahl von Parkflächen rund um das Parlamentsgebäude zur Verfügung. Die Parkplatzsituation wurde durch den Wegfall der Parkflächen vor dem Parlamentsgebäude im Zuge des Rampenumbaus außerordentlich verschärft, obwohl für einen Teil dieser Flächen Ersatzparkplätze auf öffentlichem Grund zur Verfügung gestellt wurden. Diese Ersatzstellplätze hatten aber massive Anrainerbeschwerden und eine diesbezügliche Bürgerinitiative zur Folge.

Ich halte es daher für zweckmäßig, die vergünstigten Garagenstellplätze, die herausverhandelt werden konnten, bevorzugt den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Hauses gegen Rückgabe der Wagenkarte zu überlassen, da einerseits von der Firma APCOA für diese Stellplätze von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen nur ein sehr reduzierter Tarif eingehoben werden wird und andererseits diese Bediensteten damit ihre Stellplätze auf Dauer gesichert haben, unabhängig davon, wie sich die Parkraumsituation nach Abschluss des Rampenumbaus darstellt. Darüber hinaus benötigen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Hauses die Parkplätze die ganze Woche und nicht nur an Sitzungstagen und gehören großteils zu den Durchschnittsverdienern.
Nach Rückgabe der Wagenkarten könnte eine entsprechende Anzahl von Parkplätzen auf öffentlichem Grund aufgegeben werden und damit auch dem Anliegen der Anrainer und Anrainerinnen Rechnung getragen werden.

ad 2:

Den Vorschlag der Grünen, von Mandataren und Mandatarinnen ein Entgelt für die Einräumung einer Wagenkarte einzuheben und mit diesen Mitteln den Bediensteten des Parlaments einen Zuschuss zum Erwerb einer Jahreskarte der Verkehrsbetriebe zu gewähren, werde ich nach einer rechtlichen und haushaltsrechtlichen Prüfung gerne in der Präsidialkonferenz und mit der Personalvertretung beraten.